

## BGH-Leitsatz-Entscheidungen

### Heute neu:

1. [UWG: Verbot der Tabakwerbung](#)  
Urteil 18.11.2010, I ZR 137/09
2. [BGB, GmbHG: Verjährung des Anspruchs auf Ersatz des Neugläubigerschadens](#)  
Urteil 15.03.2011, II ZR 204/09
3. [BBergG, ThürEG: Enteignungsentschädigung bei Autobahnneubau](#)  
Urteil 14.04.2011, III ZR 30/10
4. [FamFG: Aufhebung der Zurückschiebungshaft bei Nichteinhaltung der Fristen](#)  
Beschluss 07.04.2011, V ZB 111/10
5. [WEG: Einholung von Angeboten vor der Bestellung eines Verwalters](#)  
Urteil 01.04.2011, V ZR 96/10
6. [ZPO: Postausgangsfach als "letzte Station"](#)  
Beschluss 12.04.2011, VI ZB 6/10
7. [BGB: Schätzung der Mietwagenkosten nach Schwacke-Liste oder Fraunhofer-Mietpreisspiegel](#)  
Urteil 12.04.2011, VI ZR 300/09
8. [BGB: Mangel bei Flügel eines Rundbogenfensters](#)  
Urteil 21.04.2011, VII ZR 130/10
9. [ZPO: Rechtsmittel gegen Ablehnung weiterer Gutachten im selbständigen Beweisverfahren](#)  
Beschluss 20.04.2011, VII ZB 42/09
10. [BGB, EEG: Vereinbarung von Blindarbeitsgeld in Formularvertrag](#)  
Urteil 06.04.2011, VIII ZR 31/09
11. [ZPO: Gerichtsstand des Haustürgeschäfts bei Beteiligung an Vermögensfonds](#)  
Beschluss 03.05.2011, X ARZ 101/11
12. [PatG: Verletzungsansprüche des Patentinhabers bei Lizenzerteilung](#)  
Urteil 05.04.2011, X ZR 86/10
13. [ZPO: notwendiger Inhalt eines Wiedereinsetzungsgesuchs](#)  
Beschluss 19.04.2011, XI ZB 4/10
14. [BGB: Bestellung eines Betreuers trotz Vorsorgevollmacht](#)  
Beschluss 13.04.2011, XII ZB 584/10
15. [FamFG: Rechtsbeschwerde bei Entscheidung allein über Person des Betreuers](#)  
Beschluss 30.03.2011, XII ZB 692/10
16. [StGB: sexueller Mißbrauch unter Ausnutzung eines Behandlungsverhältnisses](#)  
Urteil 14.04.2011, 4 StR 669/10

## **Urteile und Beschlüsse:**

### **1. UWG: Verbot der Tabakwerbung**

Urteil 18.11.2010, I ZR 137/09

UWG § 4 Nr. 11, § 21a VTabakG

Das Verbot, für Tabakerzeugnisse in der Presse zu werben, gilt auch für Anzeigen, in denen sich ein Zigarettenhersteller unter Bezugnahme auf seine Produkte als verantwortungsbewusstes Unternehmen darstellt, ohne direkt für den Absatz seiner Produkte zu werben.

### **2. BGB, GmbHG: Verjährung des Anspruchs auf Ersatz des Neugläubigerschadens**

Urteil 15.03.2011, II ZR 204/09

BGB § 823 Abs. 2 Bf, GmbHG § 43 Abs. 4, § 64 Abs. 1 aF

Der Anspruch auf Ersatz des Neugläubigerschadens gemäß § 823 Abs. 2 BGB, § 64 Abs. 1 GmbHG aF (jetzt: § 823 Abs. 2 BGB, § 15a Abs. 1 InsO) verjährt nach den für deliktische Ansprüche allgemein geltenden Vorschriften; § 43 Abs. 4 GmbHG findet keine entsprechende Anwendung.

### **3. BBergG, ThürEG: Enteignungsentschädigung bei Autobahnneubau**

Urteil 14.04.2011, III ZR 30/10

GG Art. 14 (Ea), BBergG § 3 Abs. 2 Satz 2, § 124 Abs. 4, ThürEG § 8 Abs. 2 Nr. 1

Zur Bemessung der Enteignungsentschädigung, wenn sich in den zum Neubau einer Bundesautobahn benötigten Grundstücken bergfreie Bodenschätze befinden, die infolge des Straßenbauvorhabens nicht mehr gewonnen werden können.

### **4. FamFG: Aufhebung der Zurückschiebungshaft bei Nichteinhaltung der Fristen**

Beschluss 07.04.2011, V ZB 111/10

FamFG § 426 Abs. 2 Satz 1, Verordnung (EG) Nr. 343/2003 des Rates vom 18. Februar 2003 (Dublin II-Verordnung) Art. 17, Art. 18 Abs. 6, Art. 20 Abs. 1 Buch-

ber 2003 (Durchführungsverordnung) Art. 1 und 2

Beruhet die Nichteinhaltung der für Eilverfahren geltenden Fristen (Art. 18 Abs. 6, Art. 20 Abs. 1 Buchstabe b Dublin II-Verordnung) auch auf Versäumnissen des Bundesamts, ist auf einen Antrag des Betroffenen nach § 426 Abs. 2 Satz 1 FamFG die zur Sicherung der Überstellung in einen anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union angeordnete Zurückschiebungshaft aufzuheben.

### **5. WEG: Einholung von Angeboten vor der Bestellung eines Verwalters**

Urteil 01.04.2011, V ZR 96/10

WEG § 26

Angebote von mehreren Verwaltern müssen im Grundsatz vor der Beschlussfassung der Wohnungseigentümer über die Bestellung eines neuen Verwalters, nicht aber vor der Wiederbestellung des amtierenden Verwalters eingeholt werden.

### **6. ZPO: Postausgangsfach als "letzte Station"**

Beschluss 12.04.2011, VI ZB 6/10

ZPO § 233 B, Fc

a) Eine fristwahrende Maßnahme darf im Kalender als erledigt gekennzeichnet werden, wenn der fristwahrende Schriftsatz in ein Postausgangsfach des Rechtsanwalts eingelegt wird und das Postausgangsfach "letzte Station" auf dem Weg zum Adressaten ist.

b) Das Postausgangsfach ist nicht "letzte Station" auf dem Weg zum Adressaten, wenn eine Mitarbeiterin die in dem Postausgangsfach gesammelten Schriftsätze noch in Umschläge einsortieren muss.

### **7. BGB: Schätzung der Mietwagenkosten nach Schwacke-Liste oder Fraunhofer-Mietpreisspiegel**

Urteil 12.04.2011, VI ZR 300/09

BGB § 249 Abs. 2 Satz 1 Gb, ZPO § 287

a) Sowohl die Schwacke-Liste als auch der Fraunhofer-Mietpreisspiegel sind grundsätzlich zur Schätzung der erforderlichen Mietwagenkosten geeignet.

b) Da die Listen nur als Grundlage für eine Schätzung dienen, kann der Tatrichter im Rahmen seines Ermessens nach § 287 ZPO von dem sich aus den Listen ergebenden Tarif - etwa durch Abschläge oder Zuschläge - abweichen.

## **8. BGB: Mangel bei Flügel eines Rundbogenfensters**

Urteil 21.04.2011, VII ZR 130/10

BGB § 633 Abs. 1 a.F.

Vorbehaltlich einer anderen Vereinbarung der Vertragsparteien ist ein funktions-tauglicher, 23,4 kg schwerer Flügel eines Rundbogenfensters nicht allein deshalb mangelhaft, weil das in einem Anwendungsdiagramm des Herstellers der Fenster-beschläge für einen 80 kg schweren Fensterflügel angegebene Höchstmaß von 400 mm zwischen dem oberen Lenkerlager und dem höchsten Punkt des Rundbogens um mehr als die Hälfte überschritten ist.

## **9. ZPO: Rechtsmittel gegen Ablehnung weiterer Gutachten im selbständigen Beweisverfahren**

Beschluss 20.04.2011, VII ZB 42/09

ZPO §§ 412, 485, 492 Abs. 1, 567 Abs. 1

Gegen die Ablehnung der Einholung eines weiteren Gutachtens gemäß § 412 ZPO ist auch im selbständigen Beweisverfahren kein Rechtsmittel gegeben (im Anschluss an BGH, Beschluss vom 9. Februar 2010 - VI ZB 59/09, BauR 2010, 932 = ZfBR 2010, 449).

## **10. BGB, EEG: Vereinbarung von Blindarbeitsgeld in Formularvertrag**

Urteil 06.04.2011, VIII ZR 31/09

BGB § 307 (Cf), § 310, § 437, EEG 2000 § 3, § 7, § 10, EEG 2004 § 5

a) Das in einem Formularvertrag über die Einspeisung von Strom aus Erneuerbaren Energien zugunsten des Netzbetreibers vereinbarte Blindarbeitsentgelt verstößt weder gegen dessen Verpflichtung, die im EEG vorgeschriebene Mindestvergütung zu zahlen noch ist die Vereinbarung eines solchen Entgelts gemäß § 307 BGB unwirksam.

b) Bestreitet der Anlagenbetreiber den Anspruch des Netzbetreibers auf Zahlung eines Blindarbeitsentgelts, steht einer hiermit vom Netzbetreiber erklärten Aufrechnung gegen die von ihm nach § 5 EEG 2004 zu zahlende Einspeisevergütung das in § 12 Abs. 4 Satz 1 EEG 2004 geregelte Aufrechnungsverbot auch dann entgegen, wenn der Anspruch auf Zahlung eines Blindarbeitsentgelts an sich entscheidungsreif ist.

## **11. ZPO: Gerichtsstand des Haustürgeschäfts bei Beteiligung an Vermögensfonds**

Beschluss 03.05.2011, X ARZ 101/11

ZPO § 29c, ZPO § 60

Auch wenn ein Vertrag über die Beteiligung an einem in der Rechtsform der Kommanditgesellschaft organisierten Vermögensfonds im Rahmen eines Haustürgeschäfts zustande gekommen ist, kann eine Klage gegen ein Wirtschaftsprüfungsunternehmen, das vom Anleger wegen Verletzung von Pflichten aus einem mit der Kommanditgesellschaft geschlossenen Vertrag über die Kontrolle der Mittelverwendung in Anspruch genommen wird, nicht im besonderen Gerichtsstand des Haustürgeschäfts gemäß § 29c ZPO erhoben werden.

ZPO § 60

Der für eine Streitgenossenschaft gemäß § 60 ZPO erforderliche sachliche Zusammenhang zwischen den geltend gemachten Ansprüchen ist gegeben, wenn der Kläger geltend macht, sowohl der Vermittler einer Kapitalanlage als auch ein wegen desselben Schadens als Gesamtschuldner in Anspruch genommenes Wirtschaftsprüfungsunternehmen hätten erkennen können und müssen, dass der Emissionsprospekt Fehler aufweise und das Geschäftsmodell der Kapitalanlage gegen Vorschriften des Kreditwesengesetzes verstoße. Der Zusammenhang wird nicht dadurch aufgehoben, dass die Beklagten aus unterschiedlichen Verträgen in Anspruch genommen werden, zwischen denen ihrerseits kein unmittelbarer Zusammenhang besteht.

## **12. PatG: Verletzungsansprüche des Patentinhabers bei Lizenzerteilung**

Urteil 05.04.2011, X ZR 86/10

PatG § 139

a) Dem Inhaber eines Patents, der einem Dritten eine ausschließliche Lizenz erteilt hat, stehen im Falle einer Patentverletzung eigene Ansprüche gegen den Verletzer zu, wenn ihm aus der Lizenzvergabe fortdauernde materielle Vorteile erwachsen.

b) Die für eine Klage auf Feststellung der Schadensersatzpflicht erforderliche Wahrscheinlichkeit, dass dem Patentinhaber aus der geltend gemachten Verletzungshandlung ein eigener Schaden entstanden ist, liegt in der Regel vor, wenn der Patentinhaber an der Ausübung der Lizenz durch den Lizenznehmer wirtschaftlich partizipiert (Bestätigung von BGH, Urteil vom 20. Mai 2008 - X ZR 180/05,

BGHZ 176 211 Rn. 26 ff. (Tiefenwasser))

c)Für eine wirtschaftliche Partizipation in diesem Sinne genügt es, wenn der Patentinhaber als alleiniger Gesellschafter des Lizenznehmers an dessen Gewinn beteiligt ist.

d)Der Anspruch des Patentinhabers auf Ersatz eines solchen Schadens ist grundsätzlich darauf gerichtet, dass der Lizenznehmer in seinem Vermögen so gestellt wird, wie er ohne die Schutzrechtsverletzung stehen würde.

### **13. ZPO: notwendiger Inhalt eines Wiedereinsetzungsgesuchs**

Beschluss 19.04.2011, XI ZB 4/10

ZPO § 234 Abs. 1

a)Zum notwendigen Inhalt eines Wiedereinsetzungsgesuchs gehört grundsätzlich Sachvortrag, aus dem sich ergibt, dass der Antrag rechtzeitig nach Behebung des Hindernisses gestellt worden ist, es sei denn, die Frist ist nach Lage der Akten offensichtlich eingehalten (Bestätigung von BGH, Beschluss vom 13. Dezember 1999 - II ZR 225/98).

b)Zum unzulässigen Nachschieben von Gründen im Verfahren auf Wiedereinsetzung in die versäumte Frist.

### **14. BGB: Bestellung eines Betreuers trotz Vorsorgevollmacht**

Beschluss 13.04.2011, XII ZB 584/10

BGB §§ 1896, 1897

a)Eine vom Betroffenen erteilte Vorsorgevollmacht hindert die Bestellung eines Betreuers nur, wenn gegen die Wirksamkeit der Vollmachtserteilung keine Bedenken bestehen (Senatsbeschluss vom 15. Dezember 2010 - XII ZB 165/10 - FamRZ 2011, 285 Rn. 11).

b)Eine Vorsorgevollmacht steht der Anordnung der Betreuung auch dann nicht entgegen, wenn der Bevollmächtigte als zur Wahrnehmung der Interessen des Betroffenen nicht tauglich erscheint, namentlich erhebliche Zweifel an seiner Redlichkeit im Raum stehen. In diesem Fall genügt die Einsetzung eines Kontrollbetreuers gemäß § 1896 Abs. 3 BGB regelmäßig nicht.

**15. FamFG: Rechtsbeschwerde bei Entscheidung allein über Person des Betreuers**

Beschluss 30.03.2011, XII ZB 692/10

FamFG §§ 70 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1, 271 Nr. 1 und 2, FamFG §§ 70 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1, 271 Nr. 1 und 2, Betreuers entschieden werden soll, werden nicht von §§ 70 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1,

Verfahren, bei denen bei fortbestehender Betreuung allein über die Person des Betreuers entschieden werden soll, werden nicht von §§ 70 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1, 271 Nr. 1 FamFG erfasst. Deshalb ist die Rechtsbeschwerde gegen einen Beschluss des Beschwerdegerichts in einem solchen Verfahren ohne Zulassung nicht statthaft (im Anschluss an Senatsbeschluss vom 9. Februar 2011 - XII ZB 364/10 - Rn. 9 zur Veröffentlichung bestimmt).

**16. StGB: sexueller Mißbrauch unter Ausnutzung eines Behandlungsverhältnisses**

Urteil 14.04.2011, 4 StR 669/10

StGB § 174c

1. Einer Strafbarkeit wegen sexuellen Missbrauchs unter Ausnutzung eines Beratungs-, Behandlungs- oder Betreuungsverhältnisses nach § 174c Abs. 1 StGB steht allein das Einvernehmen des Opfers mit der vom Täter vorgenommenen sexuellen Handlung nicht entgegen.

2. An einem Missbrauch im Sinne dieser Vorschrift fehlt es ausnahmsweise dann, wenn der Täter im konkreten Fall nicht eine aufgrund des Beratungs-, Behandlungs- oder Betreuungsverhältnisses bestehende Autoritäts- oder Vertrauensstellung gegenüber dem Opfer zur Vornahme der sexuellen Handlung ausnutzt.